

Frankfurter Arbeitspapiere

zur gesellschaftsethischen
und sozialwissenschaftlichen
Forschung

FAGsF Nr. 70

Bernhard Emunds (Hg.)

Die Neue Ordnung – auch ein Sprachrohr des katholischen Rechtspopulismus

Dokumentation eines Konflikts

Frankfurt am Main, Juli 2019



Oswald von Nell-Breuning
Institut
für Wirtschafts- und
Gesellschaftsethik
der Philosophisch-Theologischen
Hochschule Sankt Georgen

Oswald von Nell-Breuning-Institut
für Wirtschafts- und Gesellschaftsethik
der Philosophisch-Theologischen
Hochschule Sankt Georgen

Telefon: 069 6061 230

Fax: 069 6061 559

Email: nbi@sankt-georgen.de

Internet: <http://nbi.sankt-georgen.de/blog>

ISSN 0940-0893

Alle neueren *Frankfurter Arbeitspapiere zur gesellschaftsethischen und sozialwissenschaftlichen Forschung* sind abrufbar unter
<http://nbi.sankt-georgen.de/forschung/frankfurter-arbeitspapiere>

Inhalt

Einleitung.....	2
1. Erklärung der Arbeitsgemeinschaft Christliche Sozialethik zu der Zeitschrift „Die Neue Ordnung“	5
2. Michael Hollenbach: Neue Ordnung, rechte Ordnung? Debatte um christliches Magazin – Beitrag im Deutschlandfunk	6
3. Sebastian Sasse: Neue Ordnung. Auf der schwarzen Liste - Artikel in der Tagespost	8
4. Marianne Heimbach-Steins: Kommentar der Sprecherin der AG Christliche Sozialethik zu einigen Reaktionen auf die Erklärung der Arbeitsgemeinschaft.....	10
5. Josef Kraus: Renommierter Theologe am Pranger. Katholische Sozialethiker entdecken Inquisition neu – Blogeintrag in „Tichys Einblick“	11
6. Axel Bernd Kunze: Es geht um die Freiheit – Beitrag in den GKP-Informationen.....	14
7. Alexander Filipović: Haltung gegen eine gefährliche Ideologie – Beitrag in den GKP-Informationen.....	15
8. Substanzieller Dialog statt Stigmatisierung und Ausgrenzung. Ein offener Brief zur Erklärung	16
9. Bernhard Emunds, Marianne Heimbach-Steins, Gerhard Kruij, Christof Mandry: Für substanziellen Dialog und wissenschaftlichen Diskurs. Antwort auf den offenen Brief.....	24
Quellenverzeichnis	28

Einleitung

von Bernhard Emunds

Die AG Christliche Sozialethik – das ist die Arbeitsgemeinschaft der Sozialethikerinnen und Sozialethiker des deutschsprachigen Raumes¹ – traf sich vom 18. bis 20. Februar 2019 in der Katholischen Akademie in Berlin zu ihrer Jahrestagung, dem Berliner Werkstattgespräch. Bei der Mitgliederversammlung der AG Christliche Sozialethik am 18. Februar und bei der Tagungseinheit „Aktuelles aus der Sozialethik“ in der Runde aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Werkstattgesprächs am 19. Februar wurde ausführlich über die Entwicklungen der Zeitschrift „Die Neue Ordnung“ diskutiert.

Hintergrund der von mir in Berlin angestoßenen Debatte war, dass in der „Neuen Ordnung“ seit einigen Jahren vermehrt Artikel erscheinen, die vor allem zu den Themen der Migration, des Klimawandels und der Gendergerechtigkeit rechtspopulistische Stereotypen und Ressentiments bestätigend aufgreifen. Nicht mit allen Beiträgen, wohl aber mit diesen Artikeln, zu denen auch viele Editorials des Herausgebers, des Dominikanerpaters Prof. Dr. Wolfgang Ockenfels OP, gehören, hat sich „Die Neue Ordnung“ zu einem Sprachrohr rechtspopulistischer Kreise im deutschen Katholizismus entwickelt. Aus Sicht der zum Werkstattgespräch versammelten Sozialethikerinnen und Sozialethiker hat die regelmäßige und häufige Veröffentlichung von Beiträgen mit Inhalten und Aussageintentionen, die eindeutig dem Rechtspopulismus zuzuordnen sind, die Zeitschrift „Die Neue Ordnung“ als Plattform für die wissenschaftliche Debatte in der katholischen Sozialethik desavouiert. Das ist insofern besonders bedauerlich, als die Zeitschrift in den Nachkriegsjahrzehnten ein hoch angesehenes Organ der wissenschaftlichen sozialetischen Debatte, ja das Flaggschiff der bedeutsamen sozialetischen Tradition der deutschsprachigen Dominikaner war.

In der Mitgliederversammlung am 18. Februar 2019 wurde Konsens über die Idee einer Erklärung erzielt, mit der sich die AG Christliche Sozialethik von der Zeitschrift „Die Neue Ordnung“ als eines sozialetischen Publikationsorgans distanzieren würde. Im weiteren Verlauf der Tagung wurde dann der Entwurf einer Erklärung erarbeitet. In der Tagungseinheit „Aktuelles aus der Sozialethik“ am 19. Februar 2019 hat die Tagungsversammlung das Anliegen und eine Textfassung der Erklärung ausführlich diskutiert. Das Plenum beschloss einstimmig, den Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft naheulegen, sich Anliegen und Entwurfstext zu eigen zu machen. Die Sprecherin der Arbeitsgemeinschaft, Prof.ⁱⁿ Dr. Marianne Heimbach-Steins, hat daraufhin am 25. Februar in einer E-Mail allen Mitgliedern der AG Christliche Sozialethik das

¹ Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft mit Stimmrecht sind die Professorinnen und Professoren, die gegenwärtig hauptamtlich an einer Universität oder wissenschaftlichen Hochschule im deutschsprachigen Raum Christliche Sozialethik lehren und dazu wissenschaftlich arbeiten. Emeriti sowie im Fach Christliche Sozialethik Habilitierte, die zur Privatdozentin oder apl. Professorin bzw. zum Privatdozenten oder apl. Professor ernannt wurden, können ohne Stimmrecht in der Arbeitsgemeinschaft mitwirken.

Vorhaben und den Entwurfstext der Erklärung vorgestellt und sie gebeten, sich bis zum 8. März dazu zu positionieren. Da die Sprecherin aus dem Kreis der Mitglieder nur ein einziges ablehnendes Votum – und zwar von einem der Emeriti des Faches – erreichte, wurde die Erklärung am 14. März u.a. auf der Homepage der Arbeitsgemeinschaft² veröffentlicht.

Unter Verweis auf Editorials und Artikel der „Neuen Ordnung“, die sprachlich von Skandalisierungen und Empörungsrhetorik geprägt sind und in denen die Autoren die Stereotypen und Ressentiments der Rechtspopulisten sowie deren Ausgrenzungen und Abwertungen reproduzieren, stellt die *Erklärung der AG Christliche Sozialethik* vom 14. März 2019 den Charakter der „Neuen Ordnung“ – in ihrer aktuellen Form – als wissenschaftliches Publikationsorgan in Frage. Da zahlreiche Beiträgen, die in den letzten Jahren in der Zeitschrift abgedruckt wurden, in der Wortwahl und in den Inhalten wissenschaftlichen Standards nicht genügen, kündigen die Sozialethikerinnen und Sozialethiker der AG an, nicht mehr in der „Neuen Ordnung“ zu publizieren; zugleich regen sie an, künftige Ausgaben dieser Zeitschrift nicht mehr in wissenschaftliche Bibliotheken einzustellen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass die Meinungsfreiheit auch dann, wenn die meisten wissenschaftlichen Bibliotheken tatsächlich weitere Jahrgänge der „Neuen Ordnung“ nicht mehr bereitstellen würden, nicht eingeschränkt würde; denn aufgrund ihrer Internetpräsenz bliebe die Zeitschrift als Instrument der politischen Meinungsbildung erhalten.

Die Erklärung vom 14. März 2019 führte zu einigen – z.T. höchst unsachlichen – E-Mails an die Sprecherin und an andere Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Christliche Sozialethik sowie zu verschiedenen Blog-Einträgen, die in diesem Arbeitspapier nicht dokumentiert werden. Dagegen gab es etwa vierzehn Tage nach der Veröffentlichung zwei erste Medienreaktionen, die hier wiedergegeben sind: *Michael Hollenbach* berichtete am 27. März 2019 *im Deutschlandfunk* über die Erklärung³ und ließ „pro“ und „contra“ zu Wort kommen, während *Sebastian Sasse* am 28. März 2019 in „*Die Tagespost*“ neben Inhalten der Erklärung lediglich einen ihrer Kritiker zitierte. In der Sendung des Deutschlandfunks verglich der Osnabrücker Emeritus, Prof. Dr. Manfred Spieker, die Erklärung der AG Christliche Sozialethik mit Bücherverbrennungen und mit der Aufforderung der Nationalsozialisten, nicht bei Juden zu kaufen. Den zweiten Vergleich, dieses Mal ergänzt durch einen Verweis auf die Römische Inquisition, verwandte auch der Bonner Emeritus, Prof. Dr. Lothar Roos, in seiner Stellungnahme gegenüber der Tagespost. Vor allem Zuspitzungen wie diese veranlassten die Sprecherin der Arbeitsgemeinschaft, Prof.ⁱⁿ Dr. *Marianne Heimbach-Steins*, zu einem kurzen *Kommentar*, der am 7. April 2019 auf der Homepage der Arbeitsgemeinschaft online gestellt wurde. Am gleichen Tag veröffentlichte der Kolumnist *Josef Kraus* in „*Tichys Einblick*“ eine scharfzüngige Kritik an der Erklärung, bei der er bereits in der

² Vgl. <http://www.christliche-sozialethik.de/?p=371>

³ Michael Hollenbach bezeichnete mich in seinem Beitrag irrtümlich als „Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Christliche Sozialethik“. Hintergrund ist, dass meine Kontaktdaten in jener Pressemitteilung der AG Christliche Sozialethik, mit der die Erklärung zur „Neuen Ordnung“ veröffentlicht wurde, als Pressekontakt aufgeführt wurden.

Überschrift den Inquisitionsvergleich bemühte.⁴ Bereits im März hatte der Sozialethiker PD Dr. *Axel Bernd Kunze* den Vorstand der Gesellschaft Katholischer Publizisten Deutschlands (GKP) aufgefordert, er möge gegen die Erklärung der AG Christliche Sozialethik als einem Versuch, „den freien publizistischen Diskurs zu unterbinden“, Stellung beziehen.⁵ Der Vorstand der GKP kam dem nicht nach, gab Dr. Kunze aber die Möglichkeit, in der Mai-Ausgabe der *GKP-Informationen* die Erklärung zu kritisieren. Gleich im Anschluss daran erhielt der Sozialethiker Prof. Dr. *Alexander Filipovic* Platz für eine Erwiderung.⁶

Über 60 Personen aus dem Umfeld der „Neuen Ordnung“ haben einen *offenen Brief* unterzeichnet, der die Erklärung der AG Christliche Sozialethik kritisiert und der Sprecherin der Arbeitsgemeinschaft via E-Mail am 12. Juni 2019 zuging. Die „Tagespost“ dokumentierte diesen Text bereits am nächsten Tag⁷ und lud in einer E-Mail an die Sprecherin der Arbeitsgemeinschaft zu einer Erwiderung ein. Diese *Erwiderung*, in der Prof.ⁱⁿ Dr. *Marianne Heimbach-Steins*, Prof. Dr. *Gerhard Kruij*, Prof. Dr. *Christof Mandry* und ich den Rechtspopulismus-Vorwurf mit zahlreichen Zitaten belegen, hat „Die Tagespost“ in ihrer Ausgabe vom 4. Juli 2019 abgedruckt.⁸

Die Erklärung der Arbeitsgemeinschaft Christliche Sozialethik zur „Neuen Ordnung“ ist als Grenzziehung der Vertreterinnen und Vertreter eines Faches der Katholischen Theologie gegenüber einem Publikationsorgan zu verstehen, das aufgrund zahlreicher Beiträge mit rechtspopulistischen Inhalten nicht mehr als Instrument ihres wissenschaftlichen Diskurses fungieren kann. Dieser Schritt mag, wie die kritischen Reaktionen zeigen, bei einigen Katholikinnen und Katholiken für erheblichen Ärger sorgen, war in den Augen der Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft jedoch unumgänglich. „Wie die Geschichte lehrt, müssen gegenüber einer Politik, die auf Hass und Abwertung setzt, rasch und entschieden klare Grenzen gezogen werden. Es gibt Grenzen, die um der Menschenwürde, der Demokratie und des gesellschaftlichen Zusammenhalts willen nicht überschritten werden dürfen. Allzu leicht entgleitet sonst der politische Diskurs; allzu leicht verschieben sich sonst – nahezu unbemerkt, aber stetig – die Normen und Werte in Politik und Gesellschaft.“⁹

⁴ Josef Kraus bezeichnet mich in seiner Kolumne ebenfalls irrtümlich als „Pressesprecher“ der Arbeitsgemeinschaft. Auch hier dürfte der Grund die in der letzten Fußnote bereits erwähnte Angabe meiner Kontaktdaten sein.

⁵ Vgl. Joachim Frank: Neues aus dem Vorstand, in *GKP-Informationen* 2019/4, 2.

⁶ Ich danke dem Deutschlandfunk, der Redaktion von „Die Tagespost“ und der Gesellschaft Katholischer Publizisten Deutschlands für die Genehmigung, von ihnen gesendete bzw. publizierte Beiträge zur Debatte hier abdrucken zu dürfen.

⁷ Aufgrund der für Massenmedien typischen Personalisierung druckte die Redaktion der „Tagespost“ den offenen Brief gemeinsam mit zwei Fotos ab. Dem Bild von Pater Prof. Dr. Ockenfels OP wurde eines der Sprecherin der Arbeitsgemeinschaft, Prof.ⁱⁿ Dr. Marianne Heimbach-Steins, zur Seite gestellt.

⁸ Der Beitrag wurde abgedruckt unter einem Foto von der Gay-Pride-Parade in Dublin. Die sachlich unangemessene Zuspitzung der sozialetischen Kritikerinnen und Kritiker an der „Neuen Ordnung“ auf die Kollegin und das Institut in Münster (vgl. letzte Fußnote) zeigt sich nun, bei diesem Beitrag, in der Bildunterschrift: „Neben Feminismus, Multikulturalismus, Einwanderung und Integration gehört die Gender-Debatte zu den Themen, bei denen das Magazin ‘Die neue Ordnung’ und das Institut für Christliche Sozialwissenschaften an der Universität Münster verschiedene Auffassungen vertreten.“

⁹ Migrationskommission der Deutschen Bischofskonferenz, Pastoralkommission der Deutschen Bischofskonferenz, Deutsche Kommission *Justitia et Pax*: Dem Populismus widerstehen. Arbeitshilfe zum

1. Erklärung der Arbeitsgemeinschaft Christliche Sozialethik zu der Zeitschrift „Die Neue Ordnung“

Hinter der Zeitschrift „Die Neue Ordnung“ steht die große sozialethische Tradition der deutschsprachigen Dominikaner. Sie war in der Nachkriegszeit eine hochrelevante Zeitschrift unseres Faches. In den letzten vier Jahrzehnten, in denen sich die katholische Sozialethik stark pluralisiert hat, wurde sie gesellschafts- und kirchenpolitisch strikt konservativ profiliert.

Inzwischen aber wurde sie in ein populistisches und extrem rechtes Fahrwasser geführt. Der verantwortliche Redakteur, Pater Prof. DDr. Wolfgang Ockenfels OP, arbeitet im Kuratorium der AfD-nahen Desiderius Erasmus-Stiftung mit. Dabei ist die AfD eine Partei, deren Spitzenvertreterinnen und -vertreter völkisch-nationalistische und aggressiv ausgrenzende Positionen vertreten, die im Widerspruch zu den humanen Impulsen des Christentums stehen. Die neueren Editorials des hauptverantwortlichen Redakteurs sind gespickt mit den für Rechtspopulisten typischen Ressentiments, u.a. mit Pauschalkritik an den Printmedien und am öffentlich-rechtlichen Rundfunk, Leugnung des Klimawandels und islamophoben Äußerungen. Auch viele Artikel der „Neuen Ordnung“ nehmen wir mangels wissenschaftlicher Substanz nur noch als zugespitzte Meinungsäußerungen wahr.

Wir halten die gewachsene Pluralität des Fachs für ein hohes Gut. Wir anerkennen, dass es notwendig ist, sich auch mit den Positionen des Rechtspopulismus und der extremen Rechenaueinanderzusetzen. Wer aber deren Stereotypen und Ressentiments reproduziert, deren Ausgrenzungen und Abwertungen kritiklos übernimmt und deren Politik der Skandalisierung und Empörung verstärkt, stellt sich außerhalb der Grenzen eines seriösen Fachdiskurses der katholischen Sozialethik. Genau das geschieht in der „Neuen Ordnung“. Deshalb halten wir sie nicht mehr für eine sozialethische Zeitschrift.

Wir gehen davon aus, dass in Zukunft keine wissenschaftlichen Sozialethikerinnen und Sozialethiker in der „Neuen Ordnung“ mehr publizieren werden. Wir laden unsere Kolleginnen und Kollegen in der Theologie sowie in anderen Sozial-, Geistes- und Kulturwissenschaften ein, sich unserer Entscheidung anzuschließen. Aus unserer Sicht gibt es keinen Grund, die Zeitschrift weiterhin in wissenschaftlichen Bibliotheken zu führen. Wir empfehlen der Provinz Teutonia des Dominikanerordens, Wege zu suchen, den Schaden für den Orden wie auch für die Sozialethik zu begrenzen.

AG Christliche Sozialethik: „Erklärung der Arbeitsgemeinschaft Christliche Sozialethik zu der Zeitschrift `Die Neue Ordnung`“ vom 14. März 2019, http://www.christliche-sozialethik.de/wp-content/uploads/2019/03/Ag-CSE_Die-Neue-Ordnung_Erklarung_Presstext.pdf (Download am 08.07.2019).

2. Michael Hollenbach: Neue Ordnung, rechte Ordnung? Debatte um christliches Magazin – Beitrag im Deutschlandfunk

Die Zeitschrift „Die Neue Ordnung“ gibt sozialetische Impulse. Nun ruft die Arbeitsgemeinschaft Christliche Sozialethik öffentlich Wissenschaftler dazu auf, dort nicht mehr zu publizieren. Das Magazin sei in „populistischem und extrem rechten Fahrwasser“. Ein Verdikt sei „grotesk“, sagen Stammautoren.

Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung steht der Dominikanerpater Wolfgang Ockenfels. Der 72-Jährige ist seit 1992 Chefredakteur der Zeitschrift „Die neue Ordnung“. Dem Vorsitzenden des „Instituts für Gesellschaftswissenschaften Walberberg“ wird vorgeworfen, immer weiter nach rechts gerückt zu sein. So publiziert Wolfgang Ockenfels in der ‚Jungen Freiheit‘, einem Sprachrohr der Rechten, und er gehört seit einem Jahr dem Beirat der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung an.

„Es ist so, dass Pater Ockenfels immer wieder eine große Nähe zur AfD hat erkennen lassen und er hat die Zeitschrift ‚Die neue Ordnung‘ in dieses extrem rechte Fahrwasser und populistische Fahrwasser geführt“, sagt Bernhard Emunds, Professor am Oswald-von-Nell-Breuning Institut in Frankfurt.

„Widerspricht Botschaft des Christentums“

Und er ist Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Christliche Sozialethik. Er hält Wolfgang Ockenfels vor: „Wer die Nähe zu den Spitzenvertreter der AfD sucht, der sucht ja die Nähe zu völkisch-nationalistischen Tönen, zu aggressiv ausgrenzenden Positionen und hat letztendlich auch die Nähe gesucht zu gruppenspezifischer Menschenfeindlichkeit. Und das widerspricht grundsätzlich der Botschaft des Christentums.“

Der Politikwissenschaftler Andreas Püttmann war selbst jahrelang im Redaktionsbeirat der „Neuen Ordnung“. Er hat vor allem seit 2015, also seit das Thema Flüchtlingspolitik ganz oben auf der bundespolitischen Agenda steht, einen Rechtsruck bei Wolfgang Ockenfels beobachtet: „Das geht dann zu so abstrusen Formulierungen wie: ‚Wie kann ein guter und gerechter Gott, dem doch die Ordnung näher liegt als das Chaos, wie kann der zulassen, dass so eine Zuwanderungspolitik gegen den Willen der Mehrheitsbevölkerung unter der Ursprungsbevölkerung stattfindet?‘ Also das geht schon so ins Völkische hinein.“

Aufruf zum Boykott

Die Arbeitsgemeinschaft Christliche Sozialethik fordert nun Konsequenzen aus den rechten Positionen, die in der Zeitschrift publiziert werden. Bernhard Emunds: „Unser Ziel ist zu sagen: Wir sehen hier eine klare Grenze. Wir können uns nicht mehr vorstellen, dass Sozialethikerinnen und Sozialethiker, die einen wissenschaftlichen Anspruch erheben, dass die in diesem rechtslastigen Blatt veröffentlichen. Wir wollen das nicht mehr. Wir rufen unserer Kollegen in der Theologie und in anderen kulturwissenschaftlichen Fächern auf, uns das gleichzutun.“

Dominikanerpater Wolfgang Ockenfels will sich nicht zu diesem Aufruf äußern. Sein Statement gegenüber dem Deutschlandfunk: „Kein Kommentar.“ Dafür nennt Manfred Spieker die Erklärung empörend. Der Osnabrücker Sozialwissenschaftler, selbst Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Christliche Sozialethik und zugleich Autor der „Neuen Ordnung“, erklärt: „Das entspricht in meinen Augen überhaupt nicht akademischen Gepflogenheiten. Man soll sich auseinandersetzen mit Aufsätzen, denen man nicht zustimmt. Man muss Argumente liefern. Das entspricht einer akademischen Vereinigung. Aber nicht Forderungen stellen, die mich an die Aufforderung erinnern: ‚Bei Juden kauft man nicht‘ oder an eine Bücherverbrennung erinnern.“

„Bar jeder wissenschaftlichen Substanz“

Bernhard Emunds verweist auf Äußerungen⁷, Deutschland werde von Muslimen überflutet, es gebe einen „Deutschland-Tsunami“ der Muslime und das Land werde – so wörtlich – mit der „historisch einmaligen Masse von 2 Millionen Orientalen und Afrikanern überschwemmt“. „Das können wir nicht mehr als ernsthafte wissenschaftliche Positionierung wahrnehmen, das sind zugespitzte Meinungsäußerungen, die bar jeder wissenschaftlichen Substanz sind“, sagt Emunds.

Die Arbeitsgemeinschaft Christliche Sozialethik wendet sich in ihrer schriftlichen Erklärung auch an den Dominikanerorden und empfiehlt mit Blick auf Pater Ockenfels, „Wege zu suchen, den Schaden für den Orden wie auch für die Sozialethik zu begrenzen“. Manfred Spieker: „Der Stil, nun ein Verdikt auszusprechen, ist grotesk. Gerade Kollegen, die sich gegen jede bischöfliche oder römische Interventionen gegen ihre wissenschaftliche Arbeit wehren würden und auch schon gewehrt haben, ausgerechnet die rufen einen Orden auf, ein Mitglied zu reglementieren. Das ist so widersprüchlich.“

Der Dominikaner-Provinzial Peter Kreutzwald will sich nicht zum Aufruf der Arbeitsgemeinschaft äußern. Allerdings hatte Kreutzwald bereits Mitte 2018 erklärt: „Die Haltung von Wolfgang Ockenfels zur AfD ist seine persönliche Einzelmeinung und wird von der Provinzleitung nicht geteilt.“

Rechte Hierarchiekritik

Der Politikerwissenschaftler Andreas Püttmann macht auf eine interessante Umkehrung aufmerksam. Galten bislang liberale und linksliberale Katholiken als besonders hierarchiekritisch, habe sich das in den vergangenen Jahren relativiert: „Der Frust über die kirchliche Hierarchie, der schon seit langem in der rechtskatholischen Szene sehr verbreitet ist, – man hält die Bischöfe für zu lasch und für zu lau, – da hat sich auch Professor Ockenfels mit hervorgetan mit Artikeln im kat.net, wo er also über Kardinal Lehmann oder Kardinal Woelki auch sich ereifert hat und das verbindet einen natürlich mit der scharfe Bischofskritik der AfD, die ja jede kirchliche Kritik an ihrem

*Anmerkung der Redaktion: In einer früheren Fassung des Textes stand an dieser Stelle, es handle sich um Äußerungen von Wolfgang Ockenfels. Herr Ockenfels legt Wert auf die Feststellung, dass die Zitate nicht von ihm stammen, sondern aus einem Beitrag von Hans-Peter Raddatz aus der „Neuen Ordnung“ vom April 2018.

Programm oder an einzelnen Äußerungen von AfD-Politikern mit scharfem Zurückkeilen bis hin zur Aufforderung zum Kirchenaustritt beantwortet. Und diese Aufforderungen zum Kirchenaustritt sind inzwischen schon auch bei katholischen Online-Portalen, die sich früher als die Treusten der Treuen gaben, nachzulesen.“

Stilisierung als Opfer

Den Vorwurf, die Zeitschrift „Neue Ordnung“ würde für Rechtspopulisten typische Ressentiments wie die Leugnung des Klimawandels und islamophobe Äußerungen transportieren, weist Manfred Spieker als zu pauschal zurück: „... der Vorwurf Rechtspopulismus, das ist so eine Totschlagskeule, die einen akademischen Diskurs nicht zulässt.“ Bernhard Emunds hält der Zeitschrift dagegen vor, diesen akademischen Diskurs längst verlassen zu haben: „Beim Lesen habe ich keine Hemmschwelle entdeckt. Ich hatte den Eindruck, nach rechts ist da ein weiter, offener Raum.“

Hollenbach, Michael: „Neue Ordnung, rechte Ordnung? Debatte um christliches Magazin“, gesendet im Deutschlandfunk am 27.3.2019, https://www.deutschlandfunk.de/debatte-um-christliches-magazin-neue-ordnung-rechte-ordnung.886.de.html?dram:article_id=444627 (Download am 08.07.2019)

3. Sebastian Sasse: Neue Ordnung: Auf der schwarzen Liste – Artikel in der Tagespost

Die Arbeitsgemeinschaft Christliche Sozialethik hat dazu aufgefordert, nicht mehr in der „Neuen Ordnung“ zu publizieren. Grund dafür sei der vermeintliche Rechtspopulismus der Schriftleitung.

Er ist streitbar und meinungsstark und gibt eine Zeitung heraus, in der er publizistisches Profil zeigen kann: Wolfgang Ockenfels, Dominikanerpater und emeritierter Professor für Christliche Soziallehre, ist seit 1985 Chefredakteur der „Neuen Ordnung“. Die Zeitschrift, die mit dem Institut für Gesellschaftswissenschaften Walberberg verbunden ist, steht für einen bestimmten Traditionsstrang in der katholischen Soziallehre der Nachkriegszeit: Begründet wurde sie von den Dominikanern Laurentius Siemer und Eberhard Welty; beide waren Vordenker des christlich geprägten Widerstandes im Rheinland, gehörten nach dem Krieg zu den geistlichen Impulsgebern für die Gründung der CDU und schufen mit ihrer Zeitung und dem Walberberger Institut so etwas wie einen katholischen „Think tank“ für die „Bonner Republik“. Ockenfels Vorgänger als Chefredakteur, Basilius Streithofen, ebenfalls Dominikanerpater, gehörte zu den Beratern Helmut Kohls. Norbert Blüm veröffentlichte noch bis vor kurzem in der „Neuen Ordnung“.

Vorwurf der Unwissenschaftlichkeit

Doch nun hat die Zeitschrift der Bannstrahl der Kollegenzunft getroffen. Der Arbeitskreis Christliche Sozialethik, ein Zusammenschluss von Professoren, die an katholischen Theologie-Fakultäten Christliche Sozialethik lehren, hat in einer Erklärung der „Neuen Ordnung“ die fachliche Reputation abgesprochen. Die Zeitschrift sei in letzter Zeit unter der Führung von Ockenfels „in ein populistisches und extrem rechtes Fahrwasser“ geraten. „Die neueren Editorials des hauptverantwortlichen Redakteurs sind gespickt mit den für Rechtspopulisten typischen Ressentiments, u.a. mit Pauschalkritik an den Printmedien und am öffentlich-rechtlichen Rundfunk, Leugnung des Klimawandels und islamophoben Äußerungen. Auch viele Artikel der ‚Neuen Ordnung‘ nehmen wir mangels wissenschaftlicher Substanz nur noch als zugespitzte Meinungsäußerungen wahr“, heißt es in der am 14. März veröffentlichten Erklärung.

Weiterhin wird auf eine vermeintliche Nähe von Ockenfels zur AfD verwiesen. Ockenfels, selbst CDU-Mitglied, gehört seit vielen Jahren zu den Kritikern der Union, die ihr eine Vernachlässigung ihres „C“-Profils vorwerfen. Im letzten Jahr ist der Professor nun in das Kuratorium der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung eingetreten. Die Arbeitsgemeinschaft beschwört in ihrer Erklärung die Pluralität des Faches, gleichzeitig wird aber festgestellt, dass, wer, wie aus ihrer Sicht die Schriftleitung unter Ockenfels, in der Auseinandersetzung mit „Rechtspopulismus und extremer Rechten“ „deren Politik der Skandalisierung und Empörung verstärkt“, sich „außerhalb der Grenzen eines seriösen Fachdiskurses der katholischen Sozialethik“ stelle.

Schließlich mündet die Erklärung in einer Aufforderung an die Wissenschaftsgemeinschaft: Man ginge davon aus, dass Kollegen künftig nicht mehr in der „Neuen Ordnung“ publizieren würden. Außerdem bestünde aus Sicht der AG kein Grund mehr, die Zeitschrift in wissenschaftlichen Bibliotheken zu führen.

Kritik an der Argumentation der Arbeitsgemeinschaft

Ockenfels selbst will sich im Moment zu den Vorwürfen nicht äußern. Aber Kollegen sind ihm zur Seite gesprungen. Lothar Roos, emeritierter Professor für Christliche Gesellschaftslehre an der Universität Bonn, Mitgründer und mittlerweile Ehrenvorsitzender der Joseph-Höffner-Gesellschaft, weist die Vorwürfe der Arbeitsgemeinschaft zurück. Roos hebt Widersprüche in deren Argumentation hervor. So werde in der Erklärung zwar zu Recht betont, dass sich in den letzten 40 Jahren das Fach stark pluralisiert habe. Wie sei aber dann zu deuten, dass die AG in ihrer Erklärung die Provinz Teutonia des Dominikanerordens auffordere, Ockenfels zu reglementieren, fragt Roos. Lehne man sich bewusst an die mittelalterliche Inquisition an? „So ähnlich haben auch die Nazis nach 1933 aufgefordert, nicht bei Juden zu kaufen“, stellt er fest. Schließlich wirft Roos der Arbeitsgemeinschaft Unwissenschaftlichkeit vor: Man verwende „Totschlagbegriffe“ wie etwa „populistisches und extrem rechtes Fahrwasser“. Zum publizistischen Profil der Zeitschrift bemerkt er: Neben Wissenschaftlern würden dort „auch immer wieder prominente Praktiker in verantwortlichen gesellschaftlichen Positionen“ veröffentlichen. „Gerade diese Nähe zur konkreten Anwendung macht die Zeitschrift für viele lesenswert“, so Roos. Vor diesem Hintergrund seien auch „die

zugespitzten ‚Editorials‘“ von Ockenfels zu bewerten: „Ich hoffe, sie weiterhin – auch wenn ich nicht allen ihren Positionen in jedem Fall zustimmen muss – mit Vergnügen lesen zu können.“ Er werde auch künftig gerne für die Zeitschrift schreiben. An diesem Konflikt zeigt sich eine Verschiebung in der Ausrichtung des Faches. Während Ockenfels und diejenigen, die ihn unterstützen, sich auf das Naturrecht beziehen, verfolgt von den jetzigen Lehrstuhlinhabern keiner diesen Ansatz mehr. Eine Pluralisierung, so Roos, sei zu akzeptieren. Nicht aber, wenn die unterschiedlichen Richtungen sich nicht respektvoll begegnen würden. Dies schmälere auch die öffentliche Wirkung des Faches. Das Walberberger Institut hätte hingegen durch regelmäßige Kongresse dieser Entwicklung entgegengehalten. Vielleicht sei den Unterstützern der Erklärung auch „dieser Erfolg einer von ihnen unabhängigen Institution“ ein Ärgernis, fragt Roos.

Sasse, Sebastian: „Neue Ordnung: Auf der schwarzen Liste“, in: „Die Tagespost“ vom 28. März 2019. <https://www.die-tagespost.de/politik/wi/Neue-Ordnung-Auf-der-schwarzen-Liste;art314,196893> (Download am 15.07.2019)

4. Marianne Heimbach-Steins: Kommentar der Sprecherin der AG Christliche Sozialethik zu einigen Reaktionen auf die Erklärung der Arbeitsgemeinschaft

Wortwahl und Semantik in einigen Kritiken bestätigen, wie notwendig die Unterscheidung zwischen sachbezogener wissenschaftlicher Auseinandersetzung und Polemik ist. Wenn die Kritiker Roos und Spieker die Distanzierung der Arbeitsgemeinschaft von der NO mit Maßnahmen der Nationalsozialisten gegen jüdische Geschäfte und mit Bücherverbrennungen vergleichen, ist der Maßstab für die Unterscheidung zwischen zivilisierter öffentlicher Auseinandersetzung und roher Gewalt offensichtlich verloren gegangen.

Gegenüber Vorwürfen, der Schritt der AG CSE bedeute einen Angriff auf die Meinungsfreiheit bzw. den „freien publizistischen Diskurs“ (Kunze), sei klargestellt: Unsere Maßnahme richtet sich nicht gegen die Meinungsfreiheit – sei es des Herausgebers der NO oder der Personen, die in diesem Organ veröffentlichen möchten. Wir haben uns in Verantwortung für unser Fach von der NO distanziert, weil sie den Anspruch einer wissenschaftlichen sozialetischen Zeitschrift zugunsten einer einseitigen politischen Propaganda weitestgehend preisgegeben hat. Das ist weder eine Einschränkung der Meinungsfreiheit noch ein „Bann“, wie eine Zuschrift an mich betitelt war. Es kann auch keine Rede von einer Unterdrückung kritischer Stimmen sein; es bleibt allen Interessierten unbenommen, die im Internet frei zugängliche NO zu lesen. Ratschlägen, wir mögen doch unsere Entscheidung zurücknehmen und uns stattdessen auf eine inhaltliche Auseinandersetzung einlassen, sei entgegnet, dass Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Christliche Sozialethik seit Jahren die inhaltliche Auseinandersetzung mit Positionen, wie sie durch den Herausgeber der NO und ihm nahe stehende politische Akteure vertreten werden, führen und weiter führen werden. Als

Arbeitsgemeinschaft Christliche Sozialethik nehmen wir Verantwortung für das Profil der Christlichen Sozialethik als theologischer Wissenschaft wahr; dazu gehört auch die Zurückweisung einer Politisierung von wissenschaftlichen Publikationsorganen – bzw. eben die Distanzierung von entsprechenden Tendenzen als nicht wissenschafts-kompatibel.

Heimbach-Steins, Marianne: Kommentar der Sprecherin zu medialen Reaktionen auf die Erklärung der Arbeitsgemeinschaft Christliche Sozialethik zu der Zeitschrift „Die Neue Ordnung“ vom 7. April 2019: <http://www.christliche-sozialethik.de/wp-content/uploads/2019/04/Mediale-Reaktionen-auf-die-Erkl%C3%A4rung-2019-04-07-1.pdf> (Download am 08.07.2019)

5. Josef Kraus: Renommierter Theologe am Pranger. Katholische Sozialethiker entdecken Inquisition neu – Blogeintrag in „Tichys Einblick“

Bisher galt es zumindest in bürgerlichen, zumal wissenschaftlichen Kreisen als sozial schäbig und wissenschaftlich unzulässig, andere Menschen zu denunzieren und anzuprangern, weil sie eine andere und womöglich nicht ganz stromlinienförmige Ansichten vertreten. Doch nun wird wieder nach Verdächtigen gesucht. Und es gilt die alte Inquisitorenregel: „Schuldig bei Verdacht!“

Eine argumentative, durch Belege nachvollziehbare Auseinandersetzung war in allen Diskursen die *conditio sine qua non*. Allenfalls bei den 68ern galt dieser Ehrenkodex nicht. Bei den 68ern – und mittlerweile bei ihren auch in der Kirche tätigen Epigonen – ging bzw. geht es freilich darum, Andersdenkende einer Herrschaft des Verdachts zu unterwerfen. Diese Methode feiert fröhlich Urständ'. Eine Arbeitsgemeinschaft von Wissenschaftlern, noch dazu von Sozial-Theologen, versucht, einen Kollegen und seine Zeitschrift plakativ mundtot zu machen strebt und unterstellt ihm implizit, ein „Podium für rechte Hetze“ zu betreiben. Bislang war das nicht denkbar – nun ist der Dammbbruch geschehen. Die „Arbeitsgemeinschaft Christliche Sozialethik“ hat es gemacht – angeführt von ihrer Vorsitzenden Prof. Dr. Marianne Heimbach-Steins vom ehemals ehrwürdigen Institut für Christliche Sozialwissenschaften der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Münster und ihrem Pressesprecher Prof. Dr. Bernhard Emunds vom Oswald-von-Nell-Breuning-Institut in St. Georgen.

Auf ihrer Internetseite veröffentlichte diese „AG christlicher Sozialethiker“ am 14. März 2019 eine 26-zeilige „Erklärung“ zur Zeitschrift „Die Neue Ordnung“. Diese sechsmal pro Jahr erscheinende „Neue Ordnung“ steht in der großen sozialetischen Tradition der deutschsprachigen Dominikaner. Ihr Chefredakteur ist seit 1992 der Dominikanerpater Prof. DDr. Wolfgang Ockenfels (72); er war von 1985 bis 2015 Professor für Christliche Sozialwissenschaften an der Universität Trier.

Die „Arbeitsgemeinschaft Christliche Sozialethik“ mag Ockenfels nicht, ja mehr noch: sie möchte ihn aus dem wissenschaftlichen und öffentlichen Diskurs eliminieren. Schier inquisitorisch wirft die AG Ockenfels vor, die Zeitschrift „Neue Ordnung“

in „ein populistisches und extrem rechtes Fahrwasser geführt“ zu haben; angeblich seien viele Artikel „mangels wissenschaftlicher Substanz nur noch als zugespitzte Meinungsäußerungen“ wahrzunehmen, rechtspopulistische und rechtsextreme „Stereotypen und Ressentiments ... Ausgrenzungen und Abwertungen“ würden kritiklos übernommen und „deren Politik der Skandalisierung und Empörung verstärkt“. Deshalb würden, so die Hoffnung der AG, „in Zukunft keine wissenschaftlichen Sozialethikerinnen und Sozialethiker“ in dieser Zeitschrift mehr publizieren.

Boykottaufruf und Ehrabschneiderei

Alle Kollegen der Theologie sowie der Sozial-, Geistes- und Kulturwissenschaften – warum eigentlich nicht auch der Ökonomie-, Rechts- und Naturwissenschaften? – werden von der AG aufgerufen, sich diesem Boykott anzuschließen. Wissenschaftliche Bibliotheken sollten die „Neue Ordnung“ abbestellen. Dem Dominikanerorden wird „empfohlen“ einzugreifen, um den Schaden zu begrenzen. Gegen ein solches Eingreifen des Vatikans in einem anderen Streitfall hatte sich dieselbe Arbeitsgemeinschaft übrigens vor kurzem noch mit dem Argument verwahrt, „theologische Streitfragen disziplinarisch erledigen zu wollen“; dergleichen schade Theologie und Kirche und bedeute einen gravierenden Angriff auf die Freiheit der Wissenschaft.

Nun ist die seit 1946 erscheinende, vom Institut für Gesellschaftswissenschaften Walberberg herausgegebene „Neue Ordnung“ als „Zeitschrift für Religion, Kultur, Gesellschaft“ keine Unbekannte. Und vom CDU-Mitglied Wolfgang Ockenfels (seit 1966 ist er das) weiß man, der er sich sehr um den Zustand der Republik und zumal der Merkel-CDU sorgt. 2009 hat er dazu ein Buch geschrieben; sein Titel ist: „Das hohe C – Wohin steuert die CDU?“ Jedenfalls erstaunt es sehr, dass es die „AG Christliche Sozialethik“ mit ihren rund dreißig Professoren nicht für nötig befunden hat, ihre diskreditierenden Vorwürfe irgendwie wissenschaftlich und textnah zu belegen. Offensichtlich reicht in den Augen der AG der bloße Hinweis aus, dass der seit Jahrzehnten der CDU angehörende Ockenfels jetzt unter anderem auch die der AfD nahestehende Desiderius-Erasmus-Stiftung als deren Kuratoriumsmitglied berate, um ihm das Etikett eines „Rechtspopulisten“ oder „Rechtsextremen“ anzuheften. Der irritierte Leser der „Erklärung“ wüsste aber doch gerne, welche Äußerungen und Beiträge denn dieses Etikett rechtfertigen. Sonst entsteht unweigerlich der Eindruck einer üblen Nachrede.

Pauschalisierung und Vorverurteilung

An den Pranger gestellt werden neben Ockenfels aber auch alle anderen Autoren der „Neuen Ordnung“. Denn es wird nicht dargelegt, warum und wie viele der rund 140 Beiträge, die allein seit 2016 in der Zeitschrift erschienen sind, den „wissenschaftlichen“ bzw. gesinnungsmäßigen Ansprüchen der Damen und Herren Sozialethiker nicht genügen. Durch das nicht konkretisierte Verdikt, „vielen Artikeln“ fehle die wissenschaftliche Substanz, werden tendenziell alle Autoren abgewertet und ausgegrenzt. Zudem stellt sich die Frage, warum den Autoren die angeblich „rechtsextreme“ Schlagseite der Zeitschrift bisher nicht aufgefallen ist und sie in diesem Fahrwasser

mitgeschwommen sind, warum ihnen erst durch Belehrung der AG der Sozialethiker die Augen geöffnet werden müssen?

Es geht hier ganz offenbar um das Anschwärzen einer Vielzahl renommierter Persönlichkeiten aus verschiedenen Wissenschaften, aus Kirche, Gesellschaft und Politik. Dazu gehören die beiden langjährigen Direktoren der Katholisch-Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle der Deutschen Bischofskonferenz in Mönchengladbach, Prof. Dr. Anton Rauscher SJ und Prof. Dr. Peter Schallenberg, der frühere Präsident der Universität Erfurt und der Görresgesellschaft Prof. Wolfgang Bergsdorf, die Kardinäle Prof. Walter Brandmüller und Paul Josef Cordes, die Politiker Dr. Norbert Blüm, Prof. Christoph Böhr und Christine Lieberknecht, der Staatsrechtler Prof. Josef Isensee (Bonn), das Mitglied des Deutschen Ethikrates Prof. Franz-Josef Bormann (Tübingen), der Wirtschaftswissenschaftler Prof. Alfred Schüller (Marburg), der Kommunikationswissenschaftler Prof. Hans Mathias Kepplinger oder der Moraltheologe Prof. Johannes Reiter (beide Mainz) etc. Sind diese Autoren alle nachhilfebedürftig, und sollten sie ein gesinnungsethisches Proseminar bei den Leuchten der „AG Christliche Sozialethik“ aufsuchen?

Die Beiträge der „Neuen Ordnung“ sind übrigens seit dem Jahrgang 1998 im Internet frei zugänglich, so dass jeder – selbst ein in strenger Quellenarbeit ungeübter Sozialethiker der AG – sich durchaus ein fundiertes Bild über die Themenvielfalt, die Art und den Inhalt der unterschiedlichen Beiträge wie auch über die Vielzahl der Autoren hätte machen können, bevor er diese mit einem in nichts belegten Rundumschlag zu vernichten sucht.

Skandalisierung und Effekthascherei

Stattdessen macht die „AG Christliche Sozialethik“ mit ihrer Resolution geradewegs das, was sie der „Neuen Ordnung“ anhängen möchte: ohne wissenschaftliche Substanz betreibt sie eine „Politik der Skandalisierung und Empörung“, der „Ausgrenzung und Abwertung“, bedient „Stereotypen und Ressentiments“ und stellt sich damit „außerhalb der Grenzen eines seriösen Fachdiskurses“ und der Wissenschaft. Mit einer von der AG reklamierten Diskussionskultur „robuster Zivilität“ und einer substantiellen Auseinandersetzung hat das nichts zu tun. Die AG streitet nicht inhaltlich konkret, sondern kanzelt ab, stigmatisiert. Diese Art und Weise des Vorgehens, die in einem peinlichen Boykott-Aufruf gipfelt, ist beschämend.

Hier greift der Gesinnungsfuror einer neuen Inquisition um sich, die sich statt auf Dialog und nachvollziehbare Begründung auf Diskreditierung und Boykott gründet. Die „Antifa“ dürfte ihre helle Freude daran haben. Was für ein Niveau-Verlust, was für ein Sittenverfall – und das unter katholischen „Sozialethikern“! Aber nicht nur das. Die AG schickt sich mit dieser „Erklärung“ unter den Auspizien des Kampfes gegen „Rechtspopulisten“ an, die Bedingungen der Freiheit der Wissenschaft, einer offenen Gesellschaft und unserer pluralistischen Demokratie zu untergraben. Mit solchen katholischen Sozialethikern ist wahrlich kein Staat zu machen.

Kraus, Josef: „Renommierter Theologe am Pranger. Katholische Sozialethiker entdecken Inquisition neu.“ Blogbeitrag vom 7. April 2019 in der Kolumne „Lernen und Leben“ von „Tichys Einblick“: <https://www.tichyseinblick.de/kolumnen/josef-kraus-lernen-und-bildung/katholische-sozialethiker-entdecken-die-inquisition-neu/> (Download am 01.07.2019)

6. Axel Bernd Kunze: Es geht um die Freiheit – Beitrag in den GKP-Informationen

Mitte März veröffentlichte die Arbeitsgemeinschaft Christliche Sozialethik – unter dem euphemistischen Titel „Erklärung“ – einen Boykottaufruf gegen „Die Neue Ordnung“. Die traditionsreiche Zeitschrift wird vom Institut für Gesellschaftswissenschaften Walberberg e.V. herausgegeben (und nicht, wie im Editorial der GKP-Informationen fälschlich geschrieben wurde, von den Dominikanern). Der Boykottaufruf hat deutliche Kritik hervorgerufen, wie beispielsweise im Deutschlandfunk und in der „Tagespost“ zu hören und zu lesen war – und das zu Recht.

Hier geht es nicht um eine einzelne Zeitschrift und deren aktuelle Ausrichtung, zu der man stehen mag, wie man will. Es geht um die Wissenschafts- und Publikationsfreiheit in unserem Land. Und es geht um die Frage, ob ein (angst-)freier, offener und plural geführter Diskurs in der Kirche noch eine Chance hat.

Ob wir bereit sind, für zentrale Prinzipien unseres liberalen Rechts- und Verfassungsstaates und die Grundkoordinaten einer freiheitlichen Gesellschaft zu kämpfen, lässt sich nicht nach der Gaußschen Normalverteilung entscheiden. Wenn dem so sein sollte, würde sich sehr schnell die Frage stellen, welcher Kollege als nächstes beruflich vernichtet und gesellschaftlich geächtet werden soll, weil seine Meinung nicht der vorherrschenden Mehrheitsmeinung entspricht. Die Publikationsfreiheit ist nicht grenzenlos. Aber diese Grenzen werden im Rechtsstaat durch das Presse- und Strafrecht gezogen und müssen gerichtlich kontrollierbar bleiben. Ansonsten bleibt in Wissenschaft wie Publizistik der streitbare, mitunter hart geführte Kampf um das bessere Argument das legitime Mittel der Auseinandersetzung. Und dieser argumentative Streit kann auch gegen Positionen geführt werden, die in der „Neuen Ordnung“ vertreten werden.

Doch genau diese Auseinandersetzung scheuen die Urheber der „Erklärung“. Freiheit ist kein fester Besitz, um sie muss immer wieder neu gerungen werden. Daran sollten wir im Jubiläumsjahr der Karlsbader Beschlüsse einmal mehr denken. Die Freiheit ist heute allerdings nicht allein durch staatliche Eingriffe bedroht.

Wo Wissenschaftler und Publizisten selbst die Verfolgung des heterodoxen Geistes in ihren eigenen Reihen organisieren, droht eine vollkommene Ächtung missliebiger Personen. Noch schlimmer als die Verfolgung der Presse kann sich eine Verfolgung durch die Presse erweisen. Wer sich sonst zu Recht gegen Einmischungen der Kirchenleitungen in die Wissenschafts- und Publikationsfreiheit wehrt, sollte genauso hellhörig sein, wenn inquisitorische Mittel aus den eigenen Reihen gegen missliebige Kollegen eingesetzt werden.

Die Debatte um die „Neue Ordnung“ zeigt einmal mehr, wie sehr die gesellschaftliche Debatte in Deutschland gespalten ist. Das geistige Klima in unserem Land befindet sich in keiner guten Verfassung. Der geistige Grundkonsens unserer Nachkriegsdemokratie, den „Die Neue Ordnung“ geholfen hat mit zu gründen, schwindet. Ein gemeinsames Freiheitsbewusstsein ist immer weniger erkennbar. Den notwendigen Grundkonsens, auf den unsere freiheitliche Staats- und Gesellschaftsordnung angewiesen bleibt, wieder zu stärken, wird aber nicht mit einem „Totalitarismus der Mitte“, wie mir ein befreundeter Publizist dieser Tage unter Bezug auf die „Erklärung“ schrieb, gelingen.

Ein publizistischer Berufsverband, der dazu schweigt oder – schlimmer noch – damit sogar sympathisieren wollte, wenn dazu aufgerufen wird, Kollegen mundtot zu machen, die Publikationsfreiheit außer Kraft zu setzen und Bibliotheken zu säubern, hätte auf ganzer Linie intellektuell wie moralisch versagt. Ich hoffe, dass wir es innerhalb der GKP nicht so weit kommen lassen.

Kunze, Axel Bernd: „Es geht um die Freiheit“, in: GKP-Informationen Mai 2019, S. 6.

7. Alexander Filipović: Haltung gegen eine gefährliche Ideologie – Beitrag in den GKP-Informationen

Gerne möchte ich zum Brief unseres Kollegen Axel Bernd Kunze Stellung zu nehmen. Zunächst begrüße ich das Engagement von Herrn Kunze für Meinungsfreiheit und gegen Zensur. Unsere demokratische Kultur und die Wissenschaft basieren auf freier Information und freier Meinungsäußerung. Auch ich sehe es als problematisch an, dass abweichende Meinungen es schwer haben.

Eine wissenschaftliche Fachgesellschaft wie die Arbeitsgemeinschaft Christliche Sozialethik hat allerdings das Recht und wohl auch die Pflicht zu definieren, was grundlegende Kriterien ihrer Disziplin sind. Seit Jahren findet eine inhaltliche Auseinandersetzung der Mitglieder der Fachgesellschaft mit den Positionen statt, die in der „Neuen Ordnung“ für gewöhnlich publiziert werden. Eine begründete und öffentliche Ablehnung dieser Positionen durch die Mehrheit der Fachvertreterinnen und -vertreter nach einer sorgfältigen Debatte ist völlig unproblematisch. Klar ist, dass nicht alle Vertreterinnen und Vertreter der Disziplin gleicher Meinung sind.

Der derzeitige Erfolg einer politisch deutlich rechten Partei mit sichtbaren Tendenzen einiger Vertreterinnen und Vertreter, sich gegen die Grundwerte des Grundgesetzes zu stellen, stellt die Frage nach der Verantwortung der Wissenschaft – auch der theologischen Disziplinen. Wo Kollegen diese politische Richtung klar unterstützen und dafür das Fach „Christliche Soziallehre“ (in diesem Falle ein traditionelles Publikationsorgan des Faches) in Anspruch nehmen, gehört es meines Erachtens zur gesellschaftlichen Verantwortung der wissenschaftlichen Disziplin, Stellung zu beziehen.

Die Polemik des Kollegen Kunze, dass hier ein Diskurs zu unterbinden versucht oder gar zu einer „Säuberung“ aufgerufen werde, ist kennzeichnend für die Argumentationsweise dieser und anderer ähnlicher Kritik. Niemand kann und will etwas verbieten oder „säubern“, jede Sozialethikerin und jeder Sozialethiker ist frei, das in Frage stehende Organ zu lesen, darin zu schreiben oder zu beziehen. Die Fachgesellschaft stellt fest, dass die Wissenschaftlichkeit des Organs in Frage steht und es inhaltlich fehl geht, und sie verwendet dafür klare Formulierungen. Sie übt damit Druck aus auf die Zunft, klar. Aber auch hier ist ein Argument und eine Kennzeichnung einer Position als falsch keine Beschneidung der Meinungsfreiheit.

Auch in diesem Fall ist der empörte Aufruf, es würden Denkverbote erteilt (man hört das ja öfter...), eine kommunikativ-aggressive und hilflose Art und Weise, mit einer moralisch markierten Mehrheitsposition, die nicht der eigenen entspricht, souverän umzugehen. Entspannte Gegenargumentation sieht jedenfalls anders aus. Aber auch so gilt: Man kann immer anderer Meinung sein, dies auch publizieren, Freunde mobilisieren und gar seinen Berufsverband auffordern, „Einspruch“ zu erheben. Wie schön, dass das geht – und wichtig, dass das auch in Zukunft geht.

Ich finde den Aufruf der „AG Christliche Sozialethik“ gut und richtig – gerade in diesen Zeiten. Er ist sicher mutig, provoziert Widerspruch, ist aber an wissenschaftlicher Qualität ausgerichtet und stellt sich mit Haltung gegen eine gefährliche politische Ideologie.

Filipović, Alexander: „Haltung gegen eine gefährliche Ideologie“ In: GKP-Informationen Mai 2019, S.7.

8. Substanzieller Dialog statt Stigmatisierung und Ausgrenzung. Ein offener Brief zur Erklärung

Sehr geehrte Frau Prof. Heimbach-Steins, sehr geehrte Mitglieder der „Arbeitsgemeinschaft Christliche Sozialethik“, zur Erklärung der Arbeitsgemeinschaft vom 14. März 2019 zur Zeitschrift „Die Neue Ordnung“ nehmen wir als Autoren der Zeitschrift, Wissenschaftler oder Publizisten wie folgt Stellung:

1. „Die Neue Ordnung“, herausgegeben vom Institut für Gesellschaftswissenschaften Walberberg e.V., erscheint nunmehr im 73. Jahrgang mit jeweils sechs Ausgaben im Jahr. Die Beiträge einer Vielzahl von Autoren behandeln – teilweise mit wissenschaftlichem Anspruch, teilweise auch mehr journalistisch - ein breites Themenspektrum von Religion, Kultur, Gesellschaft, Politik und Wirtschaft. Namentliche Artikel geben dabei nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Bereits seit 1992 liegt die Schriftleitung in der Nachfolge von Pater Dr. Basilius Streithofen OP in den Händen des Dominikanerpaters Prof. Dr. Wolfgang Ockenfels, der von 1985 bis 2015 den Lehrstuhl für Christliche Sozialwissenschaften an der Theologischen Fakultät

tät Trier innehatte. Zur Redaktion gehört des weiteren Pater Prof. Dr. Wolfgang Spindler OP, der an der Phil.-Theol. Hochschule St. Pölten Politische Philosophie lehrt. Im Redaktionsbeirat arbeiten u.a. mit: der Direktor des Römischen Instituts der Görres-Gesellschaft und Liturgiehistoriker, Msgr. Prof. Dr. Stefan Heid, der international anerkannte Ökonom Dr. Herbert B. Schmidt sowie der langjährige Professor für Christliche Sozialwissenschaften am Institut für Katholische Theologie an der Universität Osnabrück, Prof. Dr. Manfred Spieker, der selbst Mitglied in Ihrer Arbeitsgemeinschaft ist und sich bereits von Ihrer Erklärung distanziert hat.

2. Als Arbeitsgemeinschaft behaupten Sie pauschal und ohne dies konkret zu begründen und zu belegen, die Zeitschrift „Die Neue Ordnung“ sei inzwischen „in ein populistisches und extrem rechtes Fahrwasser geführt“ worden; „viele Artikel“ nähmen Sie „mangels wissenschaftlicher Substanz nur noch als zugespitzte Meinungsäußerungen wahr“. Deshalb gehen Sie davon aus, dass Sozialethiker in der Zeitschrift künftig nicht mehr „publizieren werden“. Die Kollegen der Theologie sowie der „anderen Sozial-, Geistes und Kulturwissenschaften“ laden Sie ein, sich diesem Boykott anzuschließen, was darauf hinaus laufen würde, die Zeitschrift als Forum des Diskurses in all diesen Bereichen auszuschalten. Andererseits geben Sie vor, nur in „Verantwortung für das Profil der Christlichen Sozialethik als theologischer Wissenschaft“ zu handeln, wozu die Bewertung und der Ausschluss „von wissenschaftlichen Publikationsorganen“ gehöre, was doch sehr an den Index Librorum Prohibitorum der römischen Inquisition erinnert. In diesem Sinne regen Sie auch an, die Zeitschrift aus wissenschaftlichen Bibliotheken zu entfernen, und empfehlen dem Dominikanerorden einzugreifen.¹

3. Zunächst stimmen wir mit Ihnen überein, dass rechts- wie auch linksextreme oder islamophobe Positionen genauso wie die Wiederholung von deren Ressentiments und Stereotypen für einen seriösen Fachdiskurs abträglich und an sich nicht gutzuheißen sind. Sie behaupten, „genau das“ geschehe aber in der „Neuen Ordnung“. Zu einem seriösen, zudem wissenschaftlichen Diskurs hätte es unabdingbar gehört, diese Beschuldigung auf das Genaueste zu belegen und zur Diskussion zu stellen. Bloß einen subjektiven, allgemein auf die Zeitschrift und ihre zahlreichen Autoren bezogenen Leseindruck anzuführen, wie das etwa Prof. Bernhard Emunds zur Begründung der Erklärung im Deutschlandfunk macht, ist dagegen unseriös und unwissenschaftlich.²

4. Anhand von welchen der rund 140 allein seit 2016 erschienenen Beiträge in der Neuen Ordnung lässt sich ein solcher Befund denn belegen? Welchen dieser Beiträge fehlt es an „wissenschaftlicher Substanz“ oder praktischer Relevanz und inwiefern ist das so? Rechtfertigt das eine pauschale Abkanzelung und den Boykott der

¹ Die Erklärung und Reaktionen darauf: http://www.christliche-sozialethik.de/wpcontent/uploads/2019/03/Ag-CSE_Die-Neue-Ordnung_Erklaerung_Presetext.pdf sowie <http://www.christliche-sozialethik.de/wp-content/uploads/2019/04/Mediale-Reaktionen-auf-dieErkl%C3%A4rung-2019-04-07-1.pdf>).

² Vgl. Michael Hollenbach: Debatte um christliches Magazin. Neue Ordnung, rechte Ordnung? In: Deutschlandfunk. Tag für Tag vom 27.3.2019: https://www.deutschlandfunk.de/debatte-um-christliches-magazin-neue-ordnung-rechteordnung.886.de.html?dram:article_id=444627.

Zeitschrift? Sofern Sie dies nicht präzise darlegen, fällt auf die „Arbeitsgemeinschaft Christliche Sozialethik“ das von Ihnen selbst geäußerte Verdikt zurück: Wer „Stereotypen und Ressentiments reproduziert“, pauschale „Ausgrenzungen und Abwertungen“ vornimmt und eine populistische „Politik der Skandalisierung und Empörung“ betreibt, der stellt sich in der Tat „außerhalb der Grenzen eines seriösen Fachdiskurses“ und das keineswegs nur in der „katholischen Sozialethik“.

5. Sodann stimmen wir ebenfalls mit Ihnen überein, dass die wissenschaftliche Freiheit und gesellschaftspolitische Pluralität hohe Güter sind. Als katholische Sozialethiker wissen Sie, dass die Katholische Kirche im Zweiten Vatikanischen Konzil ausdrücklich die berechnete Freiheit und „die rechtmäßige Eigengesetzlichkeit der Kultur und vor allem der Wissenschaften“ anerkannt hat (Pastoralkonstitution *Gaudium et spes* 59,3) und dass Christen legitimer Weise „bei gleicher Gewissenhaftigkeit in der gleichen Frage zu einem anderen Urteil kommen“ können. Dabei sollen sie aber immer „in einem offenen Dialog sich gegenseitig zur Klärung der Frage zu helfen suchen; ... die gegenseitige Liebe bewahren und vor allem auf das Gemeinwohl bedacht sein“ (ebd. 43,3). Wer statt des Dialoges und der „gegenseitigen Liebe“ zu den Mitteln der Abgrenzung, des Boykotts, der Spaltung auf Kosten der Freiheit und Pluralität greift, hat die Beweislast gänzlich auf seiner Seite. Der muss sehr genau begründen, warum ihm einerseits dies „scharfe Schwert“ um der „Grundrechte der menschlichen Person“, um des „Heiles der Seelen“ (ebd. 76,5) und des Gemeinwohls willen unabdingbar und ihm andererseits ein respektvoller dialogischer Streit unmöglich erscheint. Mit Blick auf die von Herrn Emunds vorgebrachte Erläuterung zur Erklärung der Arbeitsgemeinschaft³ ist zudem daran zu erinnern, dass in Fällen legitimer Meinungsvielfalt, wie das Konzil festhält, niemand das Recht hat, die christliche Botschaft oder „die Autorität der Kirche ausschließlich für sich und seine eigene Meinung in Anspruch zu nehmen“ (ebd. 43,3).

6. Wir stimmen zudem der kürzlich aus gegebenem Anlass verbreiteten Aufforderung des Präsidenten des Deutschen Hochschulverbandes Professor Dr. Bernhard Kempen zu, die freie Debattenkultur an Universitäten und im wissenschaftlichen Bereich zu verteidigen: „Differenzen zu Andersdenkenden sind im argumentativen Streit auszutragen – nicht mit Boykott, Bashing, Mobbing oder gar Gewalt“, wie der Hochschulverbandspräsident angesichts von Initiativen, wie der Ihren, zu Recht betont. Universität und Wissenschaft müssten zudem Teil und Forum der gesellschaftlichen Debatte sein. Sie sollten daher, so Kempen, alle vom Bundesverfassungsgericht nicht als verfassungswidrig eingestuft Parteien zu Wort kommen lassen. Das bedeute in einem freiheitlichen Rechtsstaat, dass die Äußerung einer nicht verfassungswidrigen, aber politisch unerwünschten Meinung nicht nur geschützt, sondern notfalls auch erst ermöglicht werden müsse.⁴

³ Ebd.

⁴ Kempen: „Freie Debattenkultur muss verteidigt werden“. DHV gegen Denk- und Sprechverbote an Universitäten. Pressemeldung vom 10.4.2019: https://www.hochschulverband.de/pressemitteilung.html?&no_cache=1&tx_ttnews%5Btt_news%5D=311&cHash=654d6bd0a6a747f0b20e53f722978ed5#_

7. Wir halten vor diesem Hintergrund die Ausgrenzung und öffentliche Stigmatisierung von Personen, wie hier insbesondere von Pater Prof. Dr. Wolfgang Ockenfels OP durch Ihre Arbeitsgemeinschaft, aufgrund von vermeintlich unerträglichen Meinungen oder aufgrund einer Nähe bzw. eines Kontakts zu Kreisen, die vermeintlich per se „im Widerspruch zu den humanen Impulsen des Christentums“ stünden (sprich der „AfD“), für Kirche, Wissenschaft und Demokratie für unangemessen und problematisch. Eine derartige politisch-moralische Diskriminierung sollte – ganz abgesehen von der Frage, wer denn die „Inquisition“ und Entscheidung am Ende vornimmt – gerade in den Bereichen von Kirche, Wissenschaft und Politik wenn überhaupt nur nach einem intensiven Ringen um Thesen und Fakten, Argumente und Beweise als letztes Mittel erfolgen, sofern man das Regiment nicht gleich irgendwelchen „Denkpolizisten“ und „Wissenschaftsprofil-Kontrolleuren“ überlassen möchte.

8. Konkret kritisieren Sie die „neueren Editorials“ des Chefredakteurs der „Neuen Ordnung“ indem Sie asserieren, aber wiederum nicht belegen, diese seien „gespickt mit den für Rechtspopulisten typischen Ressentiments“. Nun ist das Editorial bekanntlich gerade eben kein wissenschaftlicher Beitrag, sondern eine gerne auch pointiert gehaltene Meinungsäußerung. Die Meinungsfreiheit ist jedoch für eine freiheitlich-demokratische Staatsordnung schlechthin konstituierend. Sie mit dem begrifflich ebenso unscharfen wie polemischen Schlagwort des „Rechtspopulismus“ katholisch-sozial-ethisch einschränken und durch Boykottaufruf sanktionieren zu wollen, zielt darauf ab, einen ernsthaften akademischen Diskurs gar nicht erst aufzunehmen. Ihr Vorgehen ist insofern ein gutes Beispiel dafür, mit welchen Mitteln in Wissenschaft und Gesellschaft der Raum der freien Meinungsäußerung mitunter eingeengt wird, indem eine ängstliche Atmosphäre geschaffen wird, bloß „niemandem eine Ansicht zuzumuten, die als unangemessen empfunden werden könnte“.⁵

9. Wer Demokratie und Wissenschaft ernst nimmt, kann zudem auf „Populismus“ nicht bloß mit Empörung oder Ausgrenzung reagieren, sondern muss sich selbstkritisch die Frage stellen, wieso denn die pejorativ als „Populismus“ bezeichneten gesellschaftspolitischen Erscheinungen entstanden sind, einen enormen Aufschwung nehmen konnten und inwiefern die „etablierten politischen und gesellschaftlichen Kräfte“ einschließlich der Kirchen vielleicht zu wenig oder sogar das Falsche getan haben, um dies zu verhindern, etwa durch eine diskriminierende Debattenkultur, eine einseitige Politisierung und die dadurch entstehenden Repräsentationslücken.⁶

10. Ob eine Beratungsfunktion im Rahmen des wissenschaftlichen Beirats der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung⁷, deren Vorsitzende die langjährige ehemalige CDU Bundestagsabgeordnete und Präsidentin des Bundes der Vertriebenen Erika Steinbach ist, durch einen Theologen und Christdemokraten wie Prof. Ockenfels in jedem Fall „widerchristlich“, „unerlaubt“ und der schlechtere Weg ist als die

⁵ Kempen ebd.

⁶ Vgl. Vertrauen in die Demokratie stärken. Ein Gemeinsames Wort der Deutschen Bischofskonferenz und des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 11.4.2019, S. 14: https://www.domradio.de/sites/default/files/pdf/dbk_626.pdf.

⁷ Siehe: <https://erasmus-stiftung.de/kuratorium/>

strikte Abgrenzung zu und Distanzierung von der AfD, wäre vor diesem Hintergrund zumindest eingehender zu diskutieren. Pater Ockenfels schon deshalb aber in einem „extrem rechten Fahrwasser“ zu verorten, ist weder eine automatisch naheliegende noch notwendige Schlussfolgerung. Eine andere Frage ist, inwieweit man den legitimen demokratischen Freiraum seitens der Kirche vor allem im Hinblick auf die AfD oder Die Linke begründetermaßen durch Warnhinweise einschränken sollte. Das hinge von einer an den Grundprinzipien katholischer Soziallehre orientierten genauen politischen Gefahrenanalyse und Gewichtung der Positionen dieser Rand-Parteien ab. Wiederum stellt sich hier die Frage der Abwägung von legitimer Freiheit und Vielfalt einerseits und notwendiger Abgrenzung zum Schutz von Grundrechten und Gemeinwohl andererseits. Weil diese Abwägung parteipolitisch schwierig ist, benennen die Kirchen in ihrem aktuellen Wort zur Demokratie zwar Herausforderungen und Grundorientierungen, geben jedoch keine einzelnen Wahlempfehlungen ab.

11. Unser Fazit: Wer unbegründet Anschuldigungen erhebt und zum Boykott aufruft, betreibt keinen seriösen Fachdiskurs und keine konstruktive Diskussion. Demokratie – wie auch Wissenschaft - sind nur „in einer durch den Geist der Fairness und des gegenseitigen Respekts geprägten Kultur der politischen Auseinandersetzung auf Dauer funktionsfähig.“ Dazu gehört, „dass inmitten aller Differenzen und Konflikte immer wieder neu nach Wegen der kommunikativen Verständigung und des Kompromisses gesucht wird“.⁸ Aufgrund der dargestellten Sachlage und Argumente sehen wir in der Erklärung der „Arbeitsgemeinschaft Christliche Sozialethik“ in der vorliegenden Form den untauglichen Versuch, diese notwendige Verständigung in unzulässiger Weise durch die pauschale Diskreditierung eines Fachkollegen, der Zeitschrift „Die Neue Ordnung“, ihrer Redaktion wie ihrer zahlreichen Autoren zu unterbinden. Die Arbeitsgemeinschaft delegitimiert sich in dem Maße nolens volens selbst, in dem sie Vernunft durch Gesinnung, Begründung durch Behauptung, intellektuelle Auseinandersetzung durch Boykott ersetzt. Sie konterkariert damit geradewegs den Anspruch der Christlichen Sozialethik als Brücken- und Dialogdisziplin. Wünschenswert wäre es dagegen, in einen substanziellen Austausch zu treten und dabei durchaus im Sinne einer Diskussionskultur „robuster Zivilität“ (Timothy Garton Ash) über die unterschiedlichen Thesen und Ansichten in einer vernunftgeleiteten Wahrnehmung offen zu streiten.⁹

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Jürgen Aretz, Historiker, Staatssekretär a.D., Mitherausgeber der biographischen Reihe „Zeitgeschichte in Lebensbildern“

Dr. Heinz-Lothar Barth, Universitätsdozent a. D. für Klassische Philologie an der Universität Bonn und katholischer Publizist

⁸ Wort der Kirchen zur Demokratie, siehe Anm. 6, S. 48.

⁹ Dazu rät Bundespräsident Joachim Gauck in seiner Abschiedsrede vom 18.1.2017, in der er auf die Frage eingeht: „Wie soll es aussehen, unser Land?“ Siehe: <http://www.bundespraesident.de/Shared-Docs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2017/01/170118-Amtszeitende-Rede.html>

- Dr. Beate Beckmann-Zöller, Religionsphilosophin, Buchautorin, Dozentin an der Katholischen Stiftungsfachhochschule für Soziale Arbeit in München; Vorstandsmitglied der Edith-Stein Gesellschaft
- Hedwig Frfr. v. Beverfoerde, Vorsitzende Ehe-Familie-Leben e.V., Sprecherin Demo Für Alle
- Prof. Dr. Christoph Böhr, Professor für Philosophie, Trier
- Kardinal Prof. Dr. Walter Brandmüller, Prof. em. für Neuere und Mittelalterliche Kirchengeschichte an der Universität Augsburg, Präsident des Päpstlichen Komitees für Geisteswissenschaften a.D.
- Kardinal Erzbischof Dr. Dr. h.c. mult. Paul Josef Cordes, Buchautor, Präsident des Päpstlichen Rates „Cor Unum“ a.D., Träger des Großen Verdienstkreuzes mit Stern der Bundesrepublik Deutschland
- Dr. theol. Andrej Nicolai Desczyk, Pfarrer der Gemeinde Maria Rosenkranzkönigin Berlin
- Dr. phil. Felix Dirsch, Dipl. Theol., Dipl. sc.pol., Publizist, Buchautor, Lehrbeauftragter an der Hochschule für Politik München
- Prof. Dr. Jan Dochhorn, Dr. theol. (DK), Protestant, Associate Professor New Testament Studies Durham University (England)
- Wolfgang Döring, Generalmajor der Bundeswehr a.D.
- Prof. Dr. habil. Aniela Dylus, Prof. em. für Politikwissenschaft an der Kardinal-Stefan-Wyszynski-Universität, Warschau
- Dr. Michael F. Feldkamp, Historiker und Wissenschaftspublizist, Berlin
- Prof. Dr. Michael Fiedrowicz, Professor für Kirchengeschichte des Altertums, Patrologie und Christliche Archäologie an der Theologischen Fakultät Trier
- Norbert Geis, Rechtsanwalt, 1987 – 2013 Mitglied des Deutschen Bundestages für die CDU
- Prof. Dr. Dr. h.c. Hanna-Barbara Gerl-Falkovitz, Leiterin des Europäischen Instituts für Philosophie und Religion an der Phil.-Theol. Hochschule Benedikt XVI. in Heiligenkreuz, Prof. em. für Religionsphilosophie und vergleichende Religionswissenschaft an der TU Dresden
- Jan-Philipp Görtz, Jurist, Partner bei VALERE Bildung und Beratung, stellv. Vorsitzender des Bundes Katholischer Unternehmer (BKU) Berlin-Brandenburg, Vorstand St-Clemens-Stiftung Berlin, Direktor a.D. der Deutschen Lufthansa AG
- Dr. Bernhard Grün, Historiker und Publizist
- Dr. theol. Stefan Hartmann, freier katholischer Theologe und Publizist
- Dr. Felix Heider, Wirtschaftswissenschaftler und Priesteramtskandidat, Hamburg
- Dr. theol. Wilhelm Imkamp, Apostolischer Protonotar, Wallfahrtsdirektor em., Mitglied der Päpstlichen Akademie für Theologie und der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste
- Hans-Gerd H. Jauch, Rechtsanwalt und Insolvenzverwalter, Hürth
- Klaus Kelle, Journalist, Medienunternehmer
- Prof. Dr. Hans Mathias Kepplinger, Prof. em. für Empirische Kommunikationsforschung, Leiter a.D. des Instituts für Publizistik an der Universität Mainz

Dr. Joachim Klose, Dipl. Kernphysiker, Promotion in Philosophie, Gründungsdirektor der Katholischen Akademie des Bistums Dresden-Meißen

Josef Kraus, Kolumnist, Erfolgsautor, Oberstudiendirektor a.D., Dipl. Psych., von 1987 bis 2017 Präsident des Deutschen Lehrerverbandes

Henry Krause, Mitarbeiter der Sächsischen Staatskanzlei

PD Dr. theol. Axel Bernd Kunze, Privatdozent für Erziehungswissenschaft, Schulleiter, Publizist, katholischer Sozialethiker

Ansgar Lange M.A., Fraktionsgeschäftsführer der CDU im Rat der Stadt Remscheid, freier Journalist

Ingo Langner, Filmemacher, Autor und Publizist, Berlin

Philipp M. Laufenberg, Vorstand der Joseph-Höffner-Gesellschaft, Unternehmer, langjährig führend im Bund Katholischer Unternehmer tätig, Köln

Dr. Lothar Theodor Lemper, Geschäftsführender Vorsitzender der Otto Benecke Stiftung e.V.

Jürgen Liminski, Dipl.-Pol., Dipl.-Inf., Journalist, Publizist, Geschäftsführer des Instituts für Demographie, Allgemeinwohl und Familie e.V.

Mechthild Löhr, Personalberaterin, Bundesvorsitzende Christdemokraten für das Leben

Martin Lohmann, Publizist und Journalist, Geschäftsführer der Akademie für das Leben, Bonn

Andreas Lombard M.A., Journalist, Chefredakteur des Magazins CATO, Berlin

Dr. Klaus-Rüdiger Mai, Schriftsteller, Sachbuchautor, Historiker, Protestant

Prof. Dr. Karl-Heinz Menke, Prof. em. für Dogmatik und Theologische Propädeutik an der Kath.-Theol. Fakultät der Universität Bonn, Mitglied der Nordrhein-Westfälischen Akademie der Wissenschaften und Künste (Klasse für Geisteswissenschaften), Mitglied der Internationalen Theologenkommission a.D.

Prof. Dr. Gerhard Merk, Dipl. rer.pol., Dipl. rer.oec., Prof. em. für Volkswirtschaftslehre an der Universität Siegen, Sozialethiker und Lehrbuchautor

Prof. Dr. Werner Münch, Politikwissenschaftler, internationaler Politikberater, MdEP und Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt a.D., Mitglied im Kuratorium des Forums deutscher Katholiken

Prof. Dr. theol. Dr. soc. Elmar Nass, Professur für Wirtschafts- und Sozialethik an der Wilhelm Löhe Hochschule Fürth, Vorstand Joseph-Höffner-Gesellschaft

Prof. Dr. phil. Oskar Niedermayer, Dipl.-Volkswirt, Prof. em. für Politische Wissenschaft an der Freien Universität Berlin, 1993-2017 Leiter des Otto-Stammer-Zentrums - Arbeitsstelle für Empirische Politische Soziologie ebd.

Prof. Dr. Karl-Heinz Nusser, a.o. Professor für Philosophie an der Ludwigs-Maximilians Universität München

Prof. Dr. phil. Werner Patzelt, Gründungsprofessor des Instituts für Politikwissenschaft an der TU Dresden, Prof. em. für Politische Systeme und Systemvergleich ebd.

Dr. Philip Plickert, Wirtschaftsjournalist und Buchautor, Frankfurt

Prof. Dr. theol. Dr. h.c. Heinrich Pompey, Dipl. Psych., Prof. und Direktor em. des Instituts für Caritaswissenschaft und christliche Sozialarbeit an der Universität Freiburg i.B.

Stephan Raabe M.A., Historiker, internationaler Projektleiter und Berater

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Anton Rauscher SJ, Prof. em. für Christliche Gesellschaftslehre an der Universität Augsburg, 1963 – 2010 Direktor der Katholisch Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle Mönchengladbach

Prof. Dr. Johannes Reiter, Prof. em. für Moraltheologie an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Trier, Mitglied der Internationalen Theologenkommission a.D.

Prof. Dr. Franco Rest, Prof. i.R. für Erziehungswissenschaft, Sozialphilosophie, Sozialethik an der Fachhochschule Dortmund, Mitbegründer der Hospizbewegung in Deutschland, Träger des Landesverdienstordens NRW

Prälat Prof. Dr. Dr. h.c. Lothar Roos, Prof. em. für Christliche Gesellschaftslehre und Pastoralsoziologie an der Kath.-Theol. Fakultät der Universität Bonn, Ehrenvorsitzender der Joseph-Höfner-Gesellschaft

Gerhardt Schmidt, Dozent, Journalist, Kommunikations- und Medientrainer, Mitglied der Gesellschaft katholischer Publizisten

Prof. Dr. rer. pol. Alfred Schüller, Prof. em. für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Marburg, ehem. Leiter der Forschungsstelle zum Vergleich wirtschaftlicher Lenkungssysteme

Richard Schütze, Rechtsanwalt, Medienmanager, Berliner Akademie für Medienrhetorik und Kommunikation, Vorsitzender des Bundes Katholischer Unternehmer (BKU) im Erzbistum Berlin

Prof. Dr. Manfred Spieker, Prof. em. für Christliche Sozialwissenschaften an der Universität Osnabrück, Consultor des Päpstlichen Rates Justitia et Pax a.D.

Prof. Dr. Josef Spindelböck, Prof. für Moraltheologie und Dozent für Ethik an der Phil.-Theol. Hochschule St. Pölten, Gastprofessor am Päpstlichen Internationalen Theologischen Institut in Trumau

Prof. Dr. Arkadiusz Stempin, Historiker, Konrad-Adenauer-Lehrstuhl für europäische Integration an der Józef Tischner Hochschule Krakau

Dr. Hans Thomas, Leiter des Lindenthal Instituts Köln für interdisziplinäre Forschungen

Wilhelm Tolksdorf, Brigadegeneral der Bundeswehr a.D., Münster

Dr. Levin von Trott zu Solz, Jurist und Politikwissenschaftler, Berlin

Karl-Heinz Bernhard van Lier, Philologe und Publizist, Geschäftsführer der Stiftung für Familienwerte, Niersten

Dr. med. Wolfgang Walter, Weißenhorn

Peter Winnemöller, Journalist und Blogger

Substanzieller Dialog statt Stigmatisierung und Ausgrenzung. Eine Antwort auf den Boykott-Aufruf gegen die katholische Zeitschrift „Die Neue Ordnung“. Der offene Brief wurde am 12. Juni 2019 per E-Mail der Sprecherin der AG Christliche Sozialethik zugeschickt und am 13. Juni 2019 in „Die Tagespost“ abgedruckt.

9. Bernhard Emunds, Marianne Heimbach-Steins, Gerhard Kruip, Christof Mandry: Für substanziellen Dialog und wissenschaftlichen Diskurs. Antwort auf den offenen Brief

Die zunehmende politische Polarisierung unserer Gesellschaft nötigt zur Auseinandersetzung. Rechte Hetze und die zunehmende Verharmlosung politischer Gewalt haben ein beunruhigendes Ausmaß angenommen. Sie senken die Akzeptanzschwelle für politisch motivierte Gewalttaten und tragen zu einer Verrohung des gesellschaftlichen Klimas bei. Verantwortungsvolle Bürgerinnen und Bürger, nicht zuletzt wir als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, können nicht tatenlos beiseite stehen. Die Hemmschwelle zur Anwendung verbaler wie physischer Gewalt sinkt; diese Entwicklung wird durch rechtspopulistische und rechtsextreme Kräfte befeuert, die im Internet, in Parteiprogrammen und in Parlamenten und leider auch in Publikationsorganen, die mit wissenschaftlichem Anspruch auftreten, Ausgrenzung, Diffamierung und Spaltung betreiben.

Mit Blick auf diese Entwicklungen, aber noch vor der jüngsten Zuspitzung durch den Mord an Walter Lübcke hat sich die Arbeitsgemeinschaft Christliche Sozialethik vor einigen Monaten dazu entschlossen, sich von der traditionsreichen Zeitschrift „Die Neue Ordnung“ (NO) und deren Herausgeber und verantwortlichen Chefredakteur Prof. Dr. Wolfgang Ockenfels OP zu distanzieren.

Es ist nicht überraschend, dass dieser Schritt kontroverse Reaktionen hervorgerufen hat. Über politische Schritte kann man berechtigterweise streiten; das gilt auch für unsere Entscheidung, öffentlich zu machen, dass wir die Neue Ordnung nicht mehr für ein geeignetes Publikationsorgan der wissenschaftlichen Sozialethik halten und auch anderen raten, dieser Einschätzung zu folgen, und wissenschaftliche Bibliotheken bitten, die Zeitschrift nicht mehr zu führen.

Zu behaupten, die Erklärung der Arbeitsgemeinschaft Christliche Sozialethik diskreditiere alle Autoren, die jemals in der NO publiziert haben, entbehrt jeder sachlichen Grundlage. Vielmehr fordern wir diese Kolleginnen und Kollegen dazu auf, darüber nachzudenken, ob sie ihre Beiträge auch zukünftig unter das vom verantwortlichen Chefredakteur gesetzte Vorzeichen stellen wollen.

Es ist nicht untypisch, dass aus der rechtspopulistischen Szene heraus auf jede Kritik mit dem Vorwurf, hier werde ein Angriff auf die Meinungsfreiheit unternommen, reagiert wird. Aber mit Kritik an anderen bekämpft man nicht die Meinungsfreiheit, sondern nimmt sie wahr. Der Vorwurf, unser Schritt stelle einen solchen Angriff auf den „freien publizistischen Diskurs“ dar, ist deshalb verfehlt. Wir haben uns von der NO distanziert, weil sie in den letzten Jahren der rechtspopulistischen Propaganda immer mehr Raum gegeben hat. Das diskreditiert sie als wissenschaftliches Organ der sozialetischen Debatte. Für den gesellschaftlichen Meinungsaustausch bleibt sie als Internetpublikation auch dann noch allgemein zugänglich, wenn wissenschaftliche

Bibliotheken sie nicht mehr einstellen. Von einer Unterdrückung kritischer Stimmen kann schon allein deswegen keine Rede sein.

Vergleiche unserer Stellungnahme mit einer kirchlichen „ex cathedra“-Entscheidung oder der Einführung eines neuen „Index“ verbotener Bücher sind unsinnig; sie trauen der Erklärung einerseits viel zu viel zu, andererseits unterstellen sie einen Autoritätsanspruch, der uns fern liegt.

Die Auseinandersetzung muss inhaltlich geführt werden. Genau das wird aber umgangen durch Konstrukte, deren sich die Kritik an der Erklärung bedient, um der Arbeitsgemeinschaft unrechtmäßige Vorgehensweisen vorzuhalten – bis hin zu den expliziten Vergleichen mit nationalsozialistischen Bücherverbrennungen, die die Autoren Lothar Roos (in dieser Zeitung) und Manfred Spieker (im Deutschlandfunk) nicht scheuten. Unter dem Vorzeichen der Verteidigung formaler Freiheiten wird verschleiert, über welche gravierenden inhaltlichen Punkte eine Auseinandersetzung geführt werden muss – die soll aber offensichtlich gerade vermieden werden. Die Gegenerklärung bleibt hier merkwürdig stumm.

Die Erklärung der Arbeitsgemeinschaft nennt – entgegen dem Vorwurf, der uns gemacht wird – solche Gründe; sie werden aber bezeichnenderweise von deren Kritikern nicht aufgegriffen. Es sind eben jene Argumente, denen angesichts der geschilderten Tendenzen der Verharmlosung und Ermutigung rechter Gewalt widersprochen werden muss.

Seit einiger Zeit werden in der NO vermehrt Beiträge veröffentlicht, welche die rechtspopulistische Polemik gegen „Genderideologie“, „Masseneinwanderung“ und „Islamisierung“ des Landes und die Skepsis gegen den nachweislich von Menschen verursachten Klimawandel bestätigend aufgreifen. Besonders deutlich ist das Bündel dieser Gegnerschaften in den z.T. wirren Artikeln des profilierten Islamkritikers Hans-Peter Raddatz, der seit Jahren in jeder Ausgabe der NO mit einem eigenen Beitrag vertreten ist.

Feminismus, Gender-Bewegung und Multikulturalismus brandmarkt Wolfgang Ockenfels als Formen einer „menschenfeindlichen Revolution zur Herstellung des `neuen Menschen‘“ und als „neue Gesellschaftsexperimente, die (...) immer neue Opfer hervorbringen“ (2018/3 Editorial, 163). Auch Hans-Peter Raddatz entdeckt im Gender-Mainstreaming totalitäre Züge, u.a. einen „erneuten Anlauf zu einer optimierten Massenherrschaft“ (2014/3, 225), während Michael Fiedrowicz zur endzeitlichen Schlacht der „ecclesia militans“ gegen die „Genderideologie“ als einer der dämonischen „Mächte und Gewalten“ des Neuen Testaments bläst (2018/1, 25f.).

Beim Themenkomplex Einwanderung und Integration insbesondere von Muslimen sieht Hans-Lothar Barth Deutschland von muslimischen Migranten „überflutet“ (2019/1, 15). Hans-Peter Raddatz spricht in diesem Zusammenhang sogar vom „Deutschland-Tsunami“ und wirft den politischen Institutionen der Bundesrepublik vor, dass sie „in wahnhaft anmutender Einheit das Land mit der historisch einmaligen Masse von 2 Millionen Orientalen und Afrikanern in 2 Jahren überschwemmen“ (2018/2, 111f.). Für die Zukunft wagt er die Prognose, Deutschland sei „als das erste islamische Land Westeuropas zu erwarten“ (2018/6, 465). Und Konrad Adam zählt

den Mangel an bezahlbarem Wohnraum zu den „höchst unsozialen Folgen“ der Flüchtlingspolitik und eines Sozialstaats, der bei den Geflüchteten nicht mehr auf die Balance von Leistung und Gegenleistung achte (2018/6, 460).

Diese Passagen stehen beispielhaft für Artikel der NO, die einer wissenschaftlichen Überprüfung ihrer Thesen nicht standhalten, sondern in denen rechtspopulistische Stereotype, Ressentiments und Kampfbegriffe kritiklos aufgegriffen werden und in denen in einer entmenschlichenden Sprache von Andersdenkenden und vor allem von Migranten und Muslimen die Rede ist. Dem gleichen populistischen Weltbild entsprechen die zahllosen Attacken auf eine von „political correctness“ bestimmte Öffentlichkeit und auf eine politische Elite, die die Interessen der Einheimischen bzw. der kleinen Leute aus dem Blick verloren habe (passim), auf eine Presse, die die herrschende Meinung autoritär durchdrücke und Lügen verbreite (2018/6 und 2019/1 Editorials) oder die öffentlichrechtlichen Medienanstalten, die „als Informationsquellen ausgedient“ (Editorial 2018/1) hätten. Ockenfels attackiert in seinen Editorials die „Phrase der Inklusion“, die vor allem „das Fremde unter Verdrängung des Vertrauten, Normalen, Eigenen“ integrieren wolle (2018/6), sowie „die Phrase der `gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit‘“, die insbesondere auf jene ziele, „welche die massenhafte Immigration kritisieren und die massenhafte Ausrottung ungeborener Einheimischer beklagen“ (2018/6). Außerdem stilisiert er Vertreter rechtspopulistischer Positionen in einer Art und Weise zu Opfern, die angesichts zunehmender rechter Hasspropaganda im Netz und sich ausbreitender rechter Gewalttaten unerträglich ist: Dissidenten bei den Themen Klimawandel und Migration müssen Ockenfels zufolge mit furchtbaren Folgen rechnen: Dazu gehörten „Einschüchterung, Isolierung, psychischer Terror – bis zum physischen Mord“ (2019/1). Die AfD sei eine „verfemte politische Partei“; ihre Mitglieder und ihr Nahestehende würden „in ihrer beruflichen und persönlichen Existenz bedroht“ und „eingeschüchtert“. Ignoriert würden in diesem Zusammenhang „warnende Hinweise auf das Anwachsen direkter oder indirekter Gewalt, auf den hinterhältigen Terror, der die freie Meinungsäußerung, mithin die freiheitliche Demokratie stranguliert“ (2019/3).

Wer seine Beiträge außerdem noch mit polemischen persönlichen Angriffen spickt und beispielsweise Hans Küng als „verdienstvollen Vertreter der Islamisierung Deutschlands“ (2018/6 Editorial), Navid Kermani als „täuschungsbegabten `edlen Wilden‘“ und „Gotteskämpfer“ (Raddatz 2017/4, 228f.) diffamiert, dem Kölner Kardinal und Erzbischof in der Integrationsdebatte „Doppelzüngigkeit“ vorwirft (Editorial 2016/3) oder die Geistesgegenwart des Papstes in Frage stellt (Editorial 2017/1) (um nur wenige Beispiele zu nennen), wer immer wieder pauschal gegen „Dialoge“ polemisiert und den Kirchen „Dialogbesoffenheit“ (Editorial 2018/6) vorwirft, stellt sich selbst außerhalb einer diskursiven wissenschaftlichen Community und braucht sich über entsprechende Reaktionen nicht zu wundern. Die Klagen, man werde von den anderen ausgeschlossen, und die Forderung nach einem sachlichen Dialog wirken da wenig glaubwürdig.

Als sozialetische Arbeitsgemeinschaft, die in den letzten Jahren erfreulicherweise in sich pluraler geworden ist, laden wir jedenfalls alle Kolleginnen und Kollegen

und die breite Öffentlichkeit zu einem sachbezogenen und konstruktiven Dialog ein. Denn die Probleme und Herausforderungen, die vor uns liegen – von dem in der NO verschiedentlich bezweifelte menschengemachte Klimawandel über die globalen Armutsprobleme, die eine zentrale Ursache zunehmender Migration darstellen, bis hin zu den Herausforderungen, die mit der beschleunigten Digitalisierung verbunden sind – erfordern, wie das Joseph Ratzinger als Chef der Glaubenskongregation 1986 formulierte, für die Sozialethik „den Beitrag jeglicher Begabungen, Erfahrungen und Kompetenzen.“ (LC 72)

Emunds, Bernhard; Heimbach-Steins, Marianne; Kruij, Gerhard; Mandry, Christof: Für substanziellen Dialog und wissenschaftlichen Diskurs. Stellungnahme zu der Antwort „Substanzieller Dialog statt Stigmatisierung und Ausgrenzung“ auf die Erklärung der AG Christliche Sozialethik zur Zeitschrift „Die Neue Ordnung“, im Internet eingestellt am 1. Juli 2019 (http://www.christliche-sozialethik.de/wp-content/uploads/2019/07/F%C3%BCr-substantiellen-Dialog-und-wissenschaftlichen-Diskurs_2019-07-01.pdf), abgedruckt am 4. Juli 2019 in „Die Tagespost“.

Quellenverzeichnis

1. 14. März 2019, AG Christliche Sozialethik: „Erklärung der Arbeitsgemeinschaft Christliche Sozialethik zu der Zeitschrift `Die Neue Ordnung““, http://www.christliche-sozialethik.de/wp-content/uploads/2019/03/Ag-CSE_Die-Neue-Ordnung_Erklärung_Presstext.pdf (Download am 08.07.2019).
2. 27. März 2019, Hollenbach, Michael: „Neue Ordnung, rechte Ordnung? Debatte um christliches Magazin“, Beitrag im Deutschlandfunk, https://www.deutschlandfunk.de/debatte-um-christliches-magazin-neue-ordnung-rechte-ordnung.886.de.html?dram:article_id=444627 (Download am 08.07.2019).
3. 28. März 2019, Sasse, Sebastian: „Auf der schwarzen Liste“, Artikel in „Die Tagespost“, S. 28.
4. 7. April 2019, Heimbach-Steins, Marianne: „Kommentar der Sprecherin zu medialen Reaktionen auf die Erklärung der Arbeitsgemeinschaft Christliche Sozialethik zu der Zeitschrift ‚Neue Ordnung‘“, <http://www.christliche-sozialethik.de/wp-content/uploads/2019/04/Mediale-Reaktionen-auf-die-Erkl%C3%A4rung-2019-04-07-1.pdf> (Download am 08.07.2019).
5. 7. April 2019, Kraus, Josef: „Renommierter Theologe am Pranger. Katholische Sozialethiker entdecken Inquisition neu.“, Blogbeitrag in der Kolumne „Lernen und Leben“ von „Tichys Einblick“, <https://www.tichyseinblick.de/kolumnen/josef-kraus-lernen-und-bildung/katholische-sozialethiker-entdecken-die-inquisition-neu/> (Download am 01.07.2019).
6. Im Mai 2019, Kunze, Axel Bernd: „Es geht um die Freiheit“, in „GKP-Informationen“ (36)5, S.6.
7. Im Mai, 2019, Filipović, Alexander: „Haltung gegen eine gefährliche Ideologie“, in „GKP-Informationen“ (36)5, S.7.
8. 12. Juni 2019, Aretz, Jürgen u.a.: „Substanzieller Dialog statt Stigmatisierung und Ausgrenzung. Eine Antwort auf den Boykott-Aufruf gegen die katholische Zeitschrift ‚Die Neue Ordnung‘“, abgedruckt in „Die Tagespost“ vom 13. Juni 2019, S. 27.
9. 1. Juli 2019, Emunds, Bernhard; Heimbach-Steins, Marianne; Kruij, Gerhard; Mandry, Christof: „Für substanziellen Dialog und wissenschaftlichen Diskurs. Stellungnahme zu der Antwort „Substanzieller Dialog statt Stigmatisierung und Ausgrenzung“ auf die Erklärung der AG Christliche Sozialethik zur Zeitschrift ‚Die Neue Ordnung‘“, abgedruckt in „Die Tagespost“ vom 4. Juli 2019, S. 27.

Die letzten Frankfurter Arbeitspapiere zur gesellschaftsethischen und sozialwissenschaftlichen Forschung.

FAgsF 69: Hagedorn, Jonas; Habel, Simone: Axel Honneths Anerkennungstheorie revisited. Pflege(erwerbs)arbeit und deren Anerkennung aus sozialethischer Perspektive.

FAgsF 68: Hagedorn, Jonas: Postliberale Vergesellschaftung als Herausforderung für die politische Theorie. Ein sozialethischer Zwischenruf.

FAgsF 67: Emunds, Bernhard; Hagedorn, Jonas: Zur Lage des wissenschaftlichen Nachwuchses in der deutschsprachigen Katholischen Theologie. Annex zum Bericht.